

Bericht aus Berlin



CDU

Armin Schuster

Flüchtlingskrise

Asylpolitik im Bundestag

In dieser Woche hat der Bundestag in erster Lesung die beiden Gesetze zur Einführung beschleunigter Asylverfahren (Asylpaket II) und zur erleichterten Ausweisung straffällig gewordener Ausländer beraten. Damit bringen wir nun weitere notwendige Gesetzänderungen auch im parlamentarischen Verfahren auf den Weg, um eine bessere Steuerung und Ordnung des Asylverfahrens zu erreichen. Außerdem ziehen wir mit der erleichterten Ausweisung straffälliger Ausländer die notwendigen Schlüsse aus den Ereignissen in Köln, bei denen die Gruppe der Nordafrikaner besonders in Erscheinung trat. Wichtig ist deshalb, dass auch die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien erweitert wird, der entsprechende Gesetzentwurf muss zügig auch im Bundestag und Bundesrat beraten und beschlossen werden. Nicht nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang die Blockade der Grünen mit Winfried Kretschmann, die Zustimmung zur Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat an eine Ausweitung des Bleiberechts zu knüpfen. Was an diesem schachern um Deals pragmatisch bürgerliche Politik sein soll, ist mir schleierhaft.



Die Studiengruppe Berlin des IQU Hochschulinstituts war am Mittwoch zu Gast im Bundestag und nahm an einem Gespräch mit Armin Schuster teil.

Sehr geehrte Damen und Herren, die umfassenden europäischen Lösungsansätze von Angela Merkel zur spürbaren Reduzierung des Flüchtlingsstroms bleiben das einzig richtige Ziel. Statt einen gemeinsamen Weg zu suchen, blamieren einige Staaten diese europäische Idee durch Alleingänge und überzogene Forderungen. Höheren diplomatischen Druck von uns halte ich daher für unausweichlich. Die Mischung aus begrenzter Flüchtlingsaufnahme und Zurückweisungen an der Grenze wie in Österreich ist deshalb kein falsches Signal. Österreich macht nicht die Grenzen dicht, sondern nimmt 30.000 Menschen im Jahr auf, auf Deutschland bezogen wären das immerhin über 300.000. Eine solche Einigung in Europa zur Verteilung von Flüchtlingen über Kontingente und temporäre nationale Grenzkontrollen mit Zurückweisungen würde den Zustrom reduzieren, Luft zur innenpolitischen Steuerung verschaffen, den Schleusern die Stirn bieten und den Flüchtlingen am meisten helfen. Diesen Stabilitätsschritt brauchen wir, bis sich die Verteilung der Flüchtlingskontingente bei offenen Grenzen eingespielt hat. Deutschland sollte in diesen Sinne mit einer Koalition der Willigen beginnen, um so Schengen absehbar zu retten.

Ihr Armin Schuster

Wahlkreisbüro

Tel.: 07621 4258033

Fax: 07621 4258035

E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Armin Schuster, MdB

Im Deutschen Bundestag für den

Wahlkreis

Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro

Tel.: 030 227-71005

Fax: 030 227-76606

E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wolfgang Bosbach zu Besuch



Am vergangenen Freitag war Wolfgang Bosbach MdB zu Besuch in Südbaden. Er sprach vor vollen Sälen in Auggen und Lörrach über die anstehenden Aufgaben bei Integration und Flüchtlingskrise unter dem Thema „Deutschland 2016 – Worauf es jetzt ankommt“.

Interview bei Phoenix



Am Donnerstag setzte sich Armin Schuster in einem Interview auf Phoenix mit der grünen Bundestagsabgeordneten Monika Lazar über zunehmende Verunsicherung der Menschen durch die Flüchtlingskrise auseinander. Manche, die bislang nicht rechts in Erscheinung getreten sind, suchen statt des politischen Dialogs den Ausweg dieser Tage in Hass, Hetze und Gewalt. Die Antwort der Grünen wie üblich: ein moralisierender Schaufensterantrag im Bundestag, der vieles beschreibt, was längst umgesetzt wird. Armin Schuster hingegen setzt auf schnelles Handeln der Regierung, um wieder Vertrauen zu schaffen. Sehen Sie das ganze Interview [hier](#).

+++++++Kurz berichtet+++++++

70 Jahre CDU Südbaden

Am Samstag findet ab 10:30 Uhr im Historischen Kaufhaus in Freiburg der Festakt zum 70 jährigen Jubiläum der CDU in Südbaden statt. Als Festredner wird der Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg, Guido Wolf MdL sprechen. Auch Armin Schuster wird vor Ort sein.

Entlastung bei Betriebsrenten beschlossen

Am Donnerstag hat der Bundestag eine Entlastung der Unternehmen bei den Zahlungen zur Betriebsrente beschlossen. Aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase müssen Unternehmen immer mehr Geld für die Betriebsrente ihrer Arbeitnehmer bilanzieren, um die zugesagte Rentenhöhe einhalten zu können. Der Berechnungszeitraum des zugrunde liegende Marktinzses wird nun auf Betreiben unserer Fraktion auf 10 Jahre ausgeweitet, da so ein höherer Zins bilanziert werden kann. Eine noch längere Zeitspanne war mit unserem Koalitionspartner leider nicht zu machen. Wir ermutigen durch diese Änderung Unternehmen, auch weiterhin eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten.

4. Tragfähigkeitsbericht der Bundesregierung

Das Kabinett hat am Mittwoch den vierten Tragfähigkeitsbericht der öffentlichen Finanzen beschlossen. Dieser einmalig in der Legislaturperiode vorgelegte Bericht informiert über die langfristigen Entwicklungen der Bundesfinanzen und dient damit als Frühwarnsystem einer vorausschauenden Finanzpolitik. Der Bericht prognostiziert für das Jahr 2060 eine durch den anzunehmenden demographischen Wandel ausgelöste Finanzierungslücke von 1,2 Prozent bis 3,8 Prozent des Haushalts. Daher muss auch weiterhin eine solide Haushaltsführung oberstes Gebot der Bundesfinanzen sein. Dafür wird sich die CDU/CSU-Fraktion, gerade im Hinblick auf die Generationengerechtigkeit, auch zukünftig einsetzen.

Kommunalpolitische Zwischenbilanz

Die Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion hat in dieser Woche die aktualisierte Fortschreibung der kommunalpolitischen Zwischenbilanz veröffentlicht. In der Bilanz werden alle wichtigen Sachstände zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik veröffentlicht, das Dokument ist [hier](#) abrufbar.